



. (Foto: Kästle/dpa)

Lokales

14. Juni 2024 | Seite 13

🕒 2 min.

IGI Rißtal: Liebherr soll selbst erschließen dürfen

Biberacher Gemeinderat stimmt Weisungsbeschluss zu

gem

Biberach

Die Erschließung des Interkommunalen Gewerbegebiets (IGI) Rißtal bei Warthausen soll von der Firma Liebherr-Werk Biberach übernommen werden. Sie soll die Erschließungsmaßnahmen vorbereiten und ausschreiben. Entsprechenden Weisungsbeschlüssen für die Vertreter der Stadt Biberach in der IGI-Verbandsversammlung hat der Biberacher Gemeinderat zugestimmt.

Liebherr hat, zusammen mit der Firma Handtmann, bereits schon lange einen Flächenbedarf im künftigen IGI angemeldet. Beide Unternehmen wollen dort erweitern. Um das Vorhaben baulich weiter voranzutreiben, soll sich Liebherr nun selbst um die Erschließung des Geländes kümmern dürfen. Dazu schließt der IGI-Zweckverband eine

Planungskostenvereinbarung mit Liebherr ab. Außerdem soll das Büro LARS-Consult mit der Durchführung der ökologischen Ausgleichsmaßnahmen und Landschaftspflegemaßnahmen beauftragt werden. Damit die Biberacher Vertreter in der IGI-Verbandsversammlung entsprechend entscheiden können, ist ein Weisungsbeschluss erforderlich, den der Gemeinderat mehrheitlich bei drei Gegenstimmen und sechs Enthaltungen erteilte. Das IGI ist ein Gemeinschaftsprojekt der Kommunen Biberach, Warthausen, Schemmerhofen und Maselheim.

Die Firmen hätten chronische Platznot, deshalb sei das IGI absolut notwendig, sagte Günter Warth (FDP). Komme das Industriegebiet nicht, siedelten sich die Firmen mit ihren Erweiterungen anderswo an, sagte Friedrich Kolesch (CDU). „Das sind unsere Firmen, die verlässlich sind und die wir über Jahrzehnte kennen.“ Wenn Liebherr die Erschließung des Geländes selbst in die Hand nehme, entlaste das die Verwaltung. „Dass das Verfahren korrekt abläuft, ist gewährleistet.“

Anders sah es Josef Weber (Grüne). Seine Fraktion werde die Vorlage mehrheitlich ablehnen. Das IGI schade der Ökologie. „Hier werden wieder Flächen versiegelt“, sagte er mit Verweis auf das jüngste Hochwasser. Im Übrigen liege beim Verwaltungsgerichtshof in Mannheim eine Normenkontrollklage gegen das IGI vor. Warum darüber nicht informiert werde, fragte er.

Auch Ralph Heidenreich (Linke) konnte sich nicht für den Beschlussvorschlag erwärmen. Das IGI sei am Bedarf vorbei geplant, es werde nicht gebraucht. „Die Erschließung jetzt an eine der interessierten Firmen zu geben, zeigt schon die Kehrtwende“, meinte Heidenreich. „Wir sind auf gutem Weg, dass es nicht kommt.“

Klaus Wilhelm Tappeser, Schemmerhofer Bürgermeister und Vorsitzender des IGI-Zweckverbands, war ebenfalls in der Sitzung und bestätigte die Normenkontrollklage. Darüber sei aber bereits in der vergangenen Verbandsversammlung informiert worden. Dass Rechtsmittel gegen das IGI eingelegt würden, sei jedoch nicht überraschend. „Wir haben dem Verwaltungsgerichtshof umfangreiches Aktenmaterial zur Verfügung gestellt.“ Der Zweckverband habe sauber gearbeitet, alles sei durch sämtliche Gremien und Instanzen gegangen. „Es würde mich sehr wundern, wenn alles, was wir gemacht haben, komplett rechtswidrig wäre“, so Tappeser. Über das Thema Erschließung und Planung der Ausgleichsmaßnahmen entscheidet die IGI-Verbandsversammlung am 19. Juni.